



## „Wahlprüfsteine“ zur Landtagswahl 2026

Wie auch zu den vorangegangenen Landtagswahlen hat die Landesvereinigung Baden in Europa e.V. wieder einige Fragen an die Parteien formuliert, die bereits im Landtag vertreten sind oder nach aktuellen Umfragen im nächsten Landtag vertreten sein werden.

Die „Wahlprüfsteine“ wurden am 23.01.2026 an folgende Parteien versandt:  
Die Grünen, CDU, SPD, FDP, AfD und Die Linke

Bis zu unserem gewünschten Antworttermin am 15.02.2026 gingen Antworten von den Grünen, der CDU, der SPD und der FDP ein. Trotz nochmaligem Anschreiben am 16.02.2026 an die AfD und Die Linke mit Bitte um Antwort bis spätestens 19.02.2026, erfolgte von diesen beiden Parteien keine Reaktion.



## Zentralisierung

In den Wahlprüfsteinen vor den letzten Landtagswahlen haben wir immer wieder den zentralistischen Kurs des Landes angesprochen und auf die gegenläufigen Anstrengungen und Erfolge anderer Bundesländer hingewiesen. Dabei haben wir besonders auf Bayern aufmerksam gemacht, das in den letzten Jahrzehnten ein beispielhaftes Programm der Dezentralisierung von Landes- und landesnahen Behörden zur Stärkung der Mittelstädte durchgeführt hat.

Die Entlastung der Region Stuttgart wird immer dringender, wie die täglichen Staumeldungen weiter zeigen. Die Konzentration im Stuttgarter Raum widerspricht auch dem in der Landesverfassung festgelegten dezentralen Prinzip.

Wir fragen deshalb wie schon zuvor: Sind Sie bereit sich für eine Korrektur der bisherigen zentralistischen Politik einzusetzen, alle Landesteile gleichwertig zu fördern und mit dezentralen Strukturen die Leistung- und Wettbewerbsfähigkeit des gesamten Landes zu erhöhen?

Die Kreisreform von 1973 hat die historischen Grenzen der Landesteile verwischt, so dass diese in den aktuellen administrativen Grenzen nicht mehr sichtbar sind. In vergangenen Landtagswahlkämpfen wurde mehrmals eine neue Kreisreform angesprochen, so auch im aktuellen Wahlkampf. Sehen Sie in einer weiteren Kreisreform, mit Schaffung noch größerer Landkreise über die historischen Grenzen hinweg und unter Auflösung der Regierungsbezirksebene ein geeignetes Mittel zentralistischen Tendenzen im Bundesland entgegenzuwirken? Eine dem Zentralismus entgegenwirkende, bestehende Einrichtung ist die „Stabsstelle für grenzüberschreitende Zusammenarbeit und europäische Angelegenheiten“, die beim Regierungspräsidium Freiburg angesiedelt ist. Wie soll die für Baden wichtige grenzüberschreitende Zusammenarbeit beim Wegfall der Regierungspräsidien, dezentral vor Ort weiterbestehen?



Der Zugang zu Infrastruktur, Arbeitsplätzen, Bildung, Kultur und Gesundheitsversorgung muss überall in Baden-Württemberg gleichermaßen funktionieren. Wir wollen den Zusammenhalt, die wirtschaftliche Stärke und die hohe Lebensqualität sowie die im Grundgesetz festgeschriebene Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse bewahren und stärken – in Baden wie in Württemberg, in der Stadt genauso wie auf dem Land.

Was etwaige Änderungen der Verwaltungsstruktur anbelangt, brauchen wir zunächst eine Bestandsaufnahme. Dafür wollen wir den Katalog der Pflichtaufgaben gemeinsam mit den Kommunen systematisch überprüfen. Erst nach dieser Aufgabenkritik lassen sich Strukturen anpassen. Ziel muss sein, den Kommunen mehr Freiräume zu geben, Verfahren zu verschlanken und die Vertrauenskultur zwischen Land und Kommune zu stärken.

Für uns in Baden-Württemberg ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit essenziell – sei es im Nahverkehr, in der Gesundheitsversorgung, im Katastrophenschutz oder in der Bildung. Gerade in unseren Grenzregionen zu Frankreich und der Schweiz ist es gelebter Alltag, am Morgen in Baden-Württemberg aufzuwachen, in der Schweiz zur Arbeit zu gehen und am Abend Freund\*innen in Frankreich zu treffen. Darum wollen wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern fortführen und stärken. Das gilt unabhängig von etwaigen Reformen der Verwaltung.



Für die CDU sind Föderalismus, Subsidiarität und dezentrale Strukturen ein wesentlicher Faktor für den Erfolg Deutschlands, der Länder und der Kommunen. Es ist deutsche Staatstradition und gerade auch für Baden-Württemberg kennzeichnend, dass wir keine Fokussierung auf ein Zentrum wie Paris oder London haben, sondern von vielen starken Regionen und Städten geprägt sind. Gerade in Baden-Württemberg gibt es besonders viele wirtschaftsstarke und prosperierende Städte und Regionen, die über das ganze Land verteilt sind. In Baden-Württemberg finden sich renommierte Universitäten, Hochschulen und Weltmarktführer in allen Landesteilen. Für uns ist der Hidden Champion im Schwarzwaldtal symbolhaft. Aus schwierigen Startbedingungen haben wir uns zur wirtschaftlichen Spitze Europas hochgearbeitet. Es waren die Menschen hier, die mit unermüdlichem Fleiß und Erfindergeist Weltmarktführer geschaffen haben – oft fernab der Metropolen, mitten in unseren Gemeinden. Auf jedem Berg und in jedem Tal ist diese Innovationskraft zu Hause. Natürlich gibt es regionale Unterschiede und auch strukturschwächere Gebiete. Deshalb ist es wichtig, dass Art. 3a der Landesverfassung vorgibt, dass der Staat gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land fördert. Dafür setzen wir uns als Partei, die in allen Teilen und Regionen des Landes tief verwurzelt ist, mit großem Engagement ein. Und darauf achten gerade auch unsere Abgeordneten, die die unterschiedlichen Regionen repräsentieren. Für uns ist klar: Keine Region darf abgehängt werden – überall im Land setzen wir uns für eine zukunftsfähige Heimat ein.

Wichtig ist vor allem: Wir werden durch eine gezielte und sinnvolle Verlagerung von Behörden in den ländlichen Raum eine zu starke Konzentration auf die Ballungsräume vermeiden und stärken regionale Strukturen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land. Für uns ist klar: Wir wollen unser ganzes Land zukunftsfähig aufstellen, Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit stärken und den Wohlstand sichern. Dazu braucht es einen modernen Staat, der mit einer digitalen und effizienten Verwaltung für schnelle und bürgernahe Entscheidungen sorgt. Und dazu braucht es einen schlankeren Staat. Wir wollen auf jeder Ebene der staatlichen Verwaltung klare Verantwortungszuweisungen erreichen und Entscheidungen so weit wie möglich auf einer Ebene konzentrieren. Doppelbefassungen durch verschiedene Behörden wollen wir beseitigen.

Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, am Bodensee und am Hochrhein und damit vor allem in Baden weiter ausbauen und dabei verstärkt auch die Alltagsprobleme der Menschen im Grenzraum in den Blick nehmen. Dazu gehört ganz klar ein dezentrales Vorgehen. Den



bereits beschlossenen „Grenzraumcheck“ für Gesetze werden wir von der deutschen und der französischen Regierung aktiv einfordern. Wir wollen die INFOBEST-Einrichtungen, die die Menschen in Alltagsfragen an der Grenze kompetent beraten, weiterhin unterstützen. Zudem werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz weiter verbessern, etwa durch den Aufbau eines trinationalen Informationszentrums und eine Vernetzung der Leitstellen zur Bewältigung von Krisen.



Wir werden eine Verwaltungsreform auf den Weg bringen – nicht als Selbstzweck, sondern als Konsequenz einer ehrlichen Aufgabenkritik. Wir werden systematisch aus dem Blickwinkel der Bürger:innen prüfen, welche Ebenen tatsächlich notwendig sind. Wo es Doppelzuständigkeiten gibt, schaffen wir Klarheit statt Verwirrung, transparente Verantwortlichkeiten statt Kompetenzwirrwarr. Städte und Gemeinden sind die Orte, an denen Bürger:innen die Verwaltung tagtäglich erleben. Deshalb werden Städte und Gemeinden bei einer Verwaltungsreform nicht angetastet. Unsere Reform zielt auf eine übersichtliche, schlanke und leistungsfähige Verwaltung, die der Bürgerschaft serviceorientiert zur Verfügung steht. Verwaltungsgemeinschaften wollen wir stärken und über den kommunalen Finanzausgleich Anreize schaffen, damit auch kleinere Kommunen ihre Aufgaben effizient erfüllen können.



Wir Freie Demokraten wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken und die Entscheidungsspielräume vor Ort deutlich erweitern. Wir wenden uns damit gegen eine Landespolitik, die die örtliche Politik durch kleinteilige Vorgaben und Detailsteuerung einengt. Stattdessen wollen wir selbstbestimmten Städten und Gemeinden eine verlässliche finanzielle Grundausstattung bereitstellen, damit sie eigenverantwortlich in die Aufgaben investieren können, die vor Ort am dringendsten sind. Dabei gilt für uns der Grundsatz „Wer bestellt, der bezahlt“: Wenn Bund oder Land Aufgaben veranlassen oder Standards erhöhen, müssen sie auch für die daraus entstehenden Kosten eintreten.

Für uns ist dabei selbstverständlich, dass alle Landesteile, Baden wie Württemberg, gleichwertig gefördert werden müssen. Die in der Landesverfassung verankerten dezentralen Prinzipien gelten für das gesamte Land. Wir setzen uns deshalb dafür ein, bei Standortentscheidungen für Landesbehörden, Forschungseinrichtungen und Institutionen konsequent auf eine ausgewogene Verteilung zwischen allen Regionen zu achten – auch um Mittelstädte in Baden zu stärken.

Erfahrungsgemäß ist die Frage der Zentralisierung nicht nur eine, die ausschließlich durch den Verwaltungsaufbau beantwortet wird (aber natürlich auch, s.u.), sondern auch eine von Traditionen und dem Bewusstsein des leitenden Personals in der Landespolitik. Mehrheitlich stammten die bisherigen Ministerpräsidenten aus dem württembergischen Landesteil. Im augenblicklichen Landtagswahlkampf sind wir Freien Demokraten die einzigen der maßgeblichen demokratischen Parteien, deren Spitzenkandidat seinen Wahlkreis im badischen Landesteil hat. Diese Tatsache, verbunden mit einer liberalen Tradition mit Wurzeln bis in den badischen Freiheitskampf des 19. Jahrhunderts geben uns Freien Demokraten in den politischen Diskussionen in vielen Punkten einen anderen Blick auf die Befindlichkeiten des Landes.

Zusätzlich setzen wir auf eine konsequente Staats- und Verwaltungsmodernisierung. Ziel ist es, Aufgaben konsequent zu straffen, wo sinnvoll teilweise abzubauen, Verfahren zu digitalisieren und Doppelstrukturen zu beseitigen. Der Anspruch der FDP ist es, innerhalb von zehn Jahren eine Verwaltung zu schaffen, die schneller, schlanker und bürgernäher arbeitet und zugleich den drohenden Personalverlust durch anstehende Pensionierungen auffangen kann. Kern des von uns vorgeschlagenen Modernisierungspfades ist eine Verschlinkung der Ebenenstruktur: Bis 2027 sollen die



Regionalverbände aufgelöst werden; Aufgaben würden entweder entfallen oder auf die Kreise übergehen. In einem weiteren Schritt wird eine Auflösung der Regierungspräsidien in den 2030er Jahren vorgeschlagen. Deren Aufgaben sollen teils nach oben an die Ministerien und teils nach unten an Kreise und Kommunen verlagert werden, um Doppelprüfungen zu vermeiden und vor Ort mehr Entscheidungsspielräume zu schaffen.

Zur weiteren Stärkung der Leistungsfähigkeit wird darüber hinaus ein Zuschnitt der heutigen Stadt- und Landkreise zu größeren Regionalkreisen skizziert. Bei der Bildung von Regionalkreisen ist uns wichtig: Historisch gewachsene regionale Identitäten und Zusammengehörigkeiten sollen berücksichtigt werden. Die Zusammenlegung von Kreisen muss sich an funktionalen Verflechtungen und der Lebenswirklichkeit der Menschen orientieren – nicht an schematischen Grenzziehungen. Wo die historischen Grenzen der Landesteile wichtige Identitätsmerkmale darstellen, sollten diese bei der Neugliederung nach Möglichkeit respektiert werden. Entscheidend ist für uns: Mehr Effizienz darf nicht zu weniger Bürgernähe führen. Deshalb sollen bestehende Standorte erhalten bleiben und weiterhin als Anlaufstellen vor Ort dienen. In diesen größeren Regionalkreisen könnten insbesondere komplexere Vorgänge stärker gebündelt, automatisiert und digital bearbeitet werden. Damit soll verhindert werden, dass die Verwaltung angesichts von Fachkräftemangel und wachsender Aufgaben in einen Bürokratiekollaps gerät, ohne dass Beschäftigte entlassen werden müssen. Gleichzeitig sollen die Kommunen gestärkt werden, unter anderem durch mehr Freiräume beim Bauen und durch kürzere Wege, weil übergeordnete Ebenen weniger in einzelne Sachverhalte eingreifen.

Konkret sollen Aufgaben stärker dorthin verlagert werden, wo sie am effizientesten und bürgernächsten wahrgenommen werden können. Nach unten an Kreise und Kommunen sollen unter anderem die bislang bei den Regierungspräsidien angesiedelten Aufgaben des Veterinärwesens, der Lebensmittel- und Futtermittelüberwachung, des Hochwasserschutzes und der Gewässerökologie verlagert werden. Zudem sollen Kommunen mehr Entscheidungsbefugnisse im Denkmalschutz sowie bei der Planung von Wohn- und Gewerbegebieten erhalten. Darüber hinaus wollen wir die Entscheidungsbefugnisse der Kommunen bei heute in der Landesbauordnung geregelten Fragen deutlich stärken, mit dem Ziel, perspektivisch auf weniger detailregulierende Vorgaben auszukommen.



Nach oben sollen zugleich Zuständigkeiten klar gebündelt werden. Die Ministerien sollen zur einzigen Aufsichts- und Widerspruchsinstanz werden. Im öffentlichen Nahverkehr soll durch das Zusammenlegen von Verkehrsverbänden mehr Effizienz erreicht werden. Aufgabenanteile bei Verkehrsinfrastruktur und Straßenbau, die heute in den Regierungspräsidien bearbeitet werden, sollen ebenfalls klarer zugeordnet werden. Gleiches gilt für Sonderbehörden wie das Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau sowie für Aufgaben, die digital effizient zentral bearbeitet werden können, etwa bei Führerscheinen. Bei Zulassungsstellen sollen zudem Möglichkeiten genutzt werden, Verwaltungsschritte zu sparen, etwa durch eine Beleihung geeigneter Stellen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.

Besonders wichtig ist für uns die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, vor allem am Oberrhein mit Frankreich und der Schweiz. Sie muss dauerhaft handlungsfähig bleiben und dort wirken, wo die Zusammenarbeit tatsächlich stattfindet. Bei einer Reform der Verwaltungsstrukturen werden wir darauf dringen, dass diese Aufgaben nicht an Gewicht verlieren, sondern klar abgesichert und gestärkt werden. Entscheidend ist eine verlässliche Koordination, die eng mit Kreisen und Kommunen in der Grenzregion zusammenarbeitet, über eindeutige Zuständigkeiten verfügt und ausreichend ausgestattet ist. Eine Neuordnung darf die Arbeit vor Ort nicht schwächen und schon gar nicht durch unnötige Verlagerungen nach Stuttgart ausbremsen. Wir stehen für eine Landespolitik, die alle Regionen im Blick hat und ihre jeweiligen Stärken nutzt. Baden mit seiner europäischen Vernetzung, seinen starken Hochschulstandorten und seiner wirtschaftlichen Dynamik ist dabei genauso wichtig wie andere Landesteile.



## Wissenschaft

Die Zusammenarbeit der Universitäten und Hochschulen am Oberrhein, insbesondere auch grenzüberschreitend, besteht erfolgreich seit Jahren und ist für das Land von großer Bedeutung. Dies gilt für alle Forschungsbereiche wie Künstliche Intelligenz, Cyber-Security, autonomes Fahren, der Batterietechnologie, die Transformations- und Speichertechnologien der Energie der Zukunft, industrielle Softwareentwicklung, hochtechnologische Automatisierung und auch Medizintechnik.

Wir fragen deshalb Ihre Partei, wie werden Sie die Forschung und Entwicklung an den badischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen und besonders auch im trinationalen Oberrheingebiet in den genannten Bereichen unterstützen?

Innovationen sichern die Zukunft unseres Landes. Wie wollen Sie insbesondere die Grundlagenforschung, die eigentliche Technologieentwicklung, den Technologietransfer und die praktische Umsetzung und Kompetenzentwicklung in den Unternehmen in den obigen Bereichen konkret fördern?

Wie unterstützen und fördern Sie die Technologieumsetzung in den KMUs?

Welches konkrete Konzept haben Sie für diese Unterstützung und für die Innovationsfähigkeit im Verbund von Industrie und Forschung?

Wie stellen Sie sicher, dass die Studien ausländischer Mitbürger auch im Land einen Mehrwert generieren?



Wir haben in der noch laufenden Legislaturperiode erfolgreich den Innovationscampus Nachhaltigkeit an der Universität Freiburg gemeinsam mit dem KIT geschaffen. Es gibt Andockmöglichkeiten für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, für Unternehmen, für Start-Ups sowie die Zivilgesellschaft. Dieses Innovationscampus-Modell vereint in einmaliger Art die Forschungsstärke der beiden Universitäten und schafft einen Leuchtturm auf diesem Gebiet, von dem das gesamte Land profitiert. In der kommenden Legislaturperiode wollen wir diesen Leuchtturm weiter ausbauen und zum Zentrum der klimarelevanten Forschung im Land machen. Wir treiben den Europäischen Verbund für territoriale Zusammenarbeit (EVTZ) Eucor – The European Campus voran und bündeln damit die Fähigkeiten von über 15.000 Forschenden und mehr als 130.000 Studierenden. Damit streben wir mit unseren Partnerregionen einen Wissenschaftsraum ohne Mauern und Grenzen an, der weit über die Region hinaus strahlt. Das Ganze unterfüttern wir, indem unser grün-geführtes Wissenschaftsministerium sieben grenzüberschreitende Wissenschaftsverbände fördert. Diese Erfolge führen wir selbstverständlich fort.

Die von Ihnen gefragten Themen sind elementar – und zugleich braucht es so vielfältige Ansätze, dass wir hier nur die wichtigsten aufzählen:

- Wesentlich auf landespolitischer Ebene ist eine verlässliche, dynamisierte Grundfinanzierung unserer Hochschulen. Mit der jüngst gestarteten Hochschulfinanzierungsvereinbarung III investieren wir in den kommenden fünf Jahren insgesamt 23 Milliarden Euro in unsere Hochschulen und das trotz angespannter öffentlicher Kassen. Dass das kein Selbstverständnis ist, zeigt ein Blick in andere Bundesländer, die an ihren Hochschuletats kürzen. Für uns GRÜNE ist jedoch klar: Wir legen mit diesen Investitionen die Grundlage für unseren Erfolg von morgen. Daher setzen wir uns in der kommenden Legislaturperiode weiterhin für eine verlässliche, planbare Hochschulfinanzierung ein.

- Wir GRÜNE sind von der kreativen Schaffenskraft von Kooperation überzeugt. Daher setzen wir auf europäische Zusammenarbeit bei Spitzentechnologien, u. a. über die grenzüberschreitenden Wissenschaftsverbände. Wir brauchen diese jedoch auch ganz konkret, um Abhängigkeiten in einer zunehmend angespannten Weltlage zu vermeiden. Wir setzen uns



dafür ein, dass unsere Unternehmen in Baden-Württemberg und Europa eine europäische Palantir-Alternative entwickeln. Wir brauchen ein Airbus-Projekt für europäische Batterietechnologie.

- Um den Technologietransfer zu stärken, wollen wir Gründungen erleichtern (innerhalb von 24h), wir wollen Ausgründungen vereinfachen und für mehr Wagniskapital sorgen, indem wir Hürden für private Geldgeber deutlich senken und die Kapitalanlagen des Landes strategischer nutzen.
- Wir möchten für Start-Ups Reallabore schaffen, d. h. Experimentierräume, in denen wir sie gezielt von bestimmten Pflichten und Auflagen befreien und so den Start-Ups ermöglichen, ihre Geschäftsmodelle unter praxisnahen Bedingungen zu erproben.

Wir bringen neue Technologien gezielt dorthin, wo sie Wirkung entfalten: in den Alltag kleiner und mittlerer Unternehmen. Dafür setzen wir auf eine Kombination aus passgenauer Förderung, Transfer-Strukturen und weniger Reibungsverlusten bei Genehmigungen und Beratung. Mit InvestBW fördern wir konkrete Innovations- und Umsetzungsprojekte von KMU und unterstützen den Sprung von der Idee zum marktfähigen Produkt – besonders in Zukunftsfeldern wie KI, GreenTech und klimaneutraler Produktion. Damit Technologieumsetzung nicht an fehlendem Zugang scheitert, stärken wir regionale Unterstützungsangebote wie Digital Hubs und Beratungsprogramme, die Betriebe bei Auswahl, Einführung und Skalierung neuer Lösungen begleiten.

Zentral ist für uns außerdem der Technologietransfer: Wir bauen Brücken zwischen Forschung und Mittelstand so, dass KMU nicht „irgendwo“ Forschungsergebnisse finden müssen, sondern konkrete Ansprechpartner, anwendungsnahe Formate und Unterstützung bis zur Umsetzung erhalten. Genau dafür stärken wir mit der Innovationsallianz Baden-Württemberg (innBW) und der KI-Allianz BW praxisorientierte Strukturen, die KMU den Zugang zu modernster Wissenschaft öffnen und sie von der ersten Idee bis zur marktfähigen Umsetzung begleiten. Gleichzeitig schaffen wir Tempo über Bürokratieabbau und Digitalisierung: Die Entlastungsallianz BW reduziert unnötige Berichtspflichten und modernisiert Verfahren, damit Unternehmen schneller investieren und umsetzen können.



Unser Konzept heißt: Transfer systematisch organisieren – und Umsetzung konsequent ermöglichen. Wir wollen, dass Baden-Württemberg nicht nur Spitzenforschung hat, sondern dass daraus schneller Produkte, Prozesse und Geschäftsmodelle entstehen. Deshalb verankern wir den Transfer von Wissen in die Praxis als klare Aufgabe der Hochschulen und schaffen Strukturen, die Kooperationen zwischen Forschung, Industrie, Mittelstand und Start-Ups einfacher und wirksamer machen. Ein zentrales Instrument ist dabei InvestBW. Mit diesem Programm fördern wir gezielt Verbundvorhaben, in denen Unternehmen gemeinsam mit Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen an konkreten Innovations- und Umsetzungsprojekten arbeiten. So beschleunigen wir den Weg von der Forschung in die Anwendung und stärken die Innovationsfähigkeit insbesondere im Mittelstand.

Mit Innovationsallianz Baden-Württemberg (innBW) und der KI-Allianz BW setzen wir auf Netzwerke, die Forschung und Anwendung aktiv zusammenbringen: Sie bündeln Kompetenzen, vermitteln Kontakte, bauen Einstiegshürden für KMU ab und unterstützen über den ganzen Weg – von der Problemdefinition im Betrieb über Prototypen bis zur Skalierung. Gerade bei Künstlicher Intelligenz gehen wir bewusst über Forschung hinaus: Wir stärken die Verbindung von Cyber Valley, ConnAlx und IPAI mit den industriellen Stärken des Landes, schaffen KI-Reallabore und unterstützen den breiten KI-Einsatz im Mittelstand, damit Unternehmen schneller produktiv werden und nicht bei Pilotprojekten stehen bleiben. Ergänzend fördern wir Kooperationen zwischen Mittelstand und Start-Ups, weil sie Technologie schneller in Anwendungen übersetzen und Innovationen in bestehende Wertschöpfungsketten bringen. So entsteht ein Verbund, in dem Forschung nicht am Campus endet, sondern als Wettbewerbsvorteil im Betrieb ankommt – messbar in neuen Produkten, effizienteren Prozessen und resilienteren Geschäftsmodellen.

Wir halten an dem Grundsatz fest: Wissen ist frei. Wir sind aber nicht naiv. Wenn jemand an unseren Hochschulen forscht, gehört die IP unseren Hochschulen. Darüber hinaus ist es unser Ziel, dass ausländische Studierende nach Studienabschluss möglichst als gut qualifizierte Fachkräfte in unseren Arbeitsmarkt eintreten und nicht abwandern.



Mit der Hochschulfinanzierungsvereinbarung (HoFV III) haben wir die Hochschulen bis 2030 mit deutlich steigenden Grundmitteln und verlässlicher Planungssicherheit ausgestattet. Das ist aus unserer Sicht ein entscheidender Schritt, um Spitzenforschung langfristig abzusichern. Hochschulen erhalten damit die Möglichkeit, strategische Forschungsschwerpunkte auszubauen, neue Professuren zu schaffen und Zukunftsfelder wie KI, Quantentechnologien, nachhaltige Mobilität oder Biomedizin gezielt zu stärken. Eine solide Grundfinanzierung ist die Voraussetzung dafür, dass exzellente Grundlagenforschung überhaupt entstehen kann. Gleichzeitig setzen wir auf eine klare Profilbildung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Gerade im trinationalen Oberrheingebiet setzen wir auf den gezielten Ausbau der grenzüberschreitenden Forschungszusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich und der Schweiz. Mit der grenzüberschreitenden Wissenschaftsoffensive Oberrhein und Interreg-geförderten Projekten werden gemeinsame Forschungs- und Innovationsvorhaben von Hochschulen und Forschungseinrichtungen unterstützt. Diese Programme stärken internationale Forschungsverbünde, gemeinsame Infrastruktur, Nachwuchsgruppen und den Wissenstransfer in die regionale Wirtschaft. Der Oberrhein ist für uns ein europäischer Innovationsraum mit besonderem Potenzial, den wir weiter profilieren wollen.

Innovation entsteht dort, wo Freiheit für Forschung auf Tempo im Transfer trifft. Die CDU setzt auf eine starke, verlässlich finanzierte Grundlagenforschung und verbindet sie konsequent mit anwendungsnaher Technologieentwicklung. Unser Maßstab ist klar: Forschungsergebnisse müssen schneller in Produkte, Prozesse und Wertschöpfung im Land überführt werden. Deshalb stärken wir den Technologietransfer, bauen bürokratische Hürden ab und fördern gezielt Pilot-, Demonstrations- und Reallabore.

Der Mittelstand braucht keine Belehrungen, sondern praktikable Rahmenbedingungen. Wir entlasten KMU durch einfache, mittelstandstaugliche und schlankere Förderprogramme und klare Investitionsanreize für Digitalisierung, Automatisierung und industrielle KI. Beratung, Förderung und Genehmigung müssen aus einer Hand kommen – schnell, verlässlich und verständlich. Technologie muss sich im Betrieb rechnen, nicht im Antragsformular verlieren.



Baden-Württemberg bleibt stark, wenn Industrie und Forschung eng verzahnt arbeiten. Die CDU setzt auf regionale Zukunftscluster, die unsere industriellen Stärken bündeln und weiterentwickeln. Hochschulen, Start-ups und etablierte Unternehmen arbeiten dort gemeinsam an marktfähigen Lösungen. Unser Anspruch ist klar: Innovationspolitik heißt Wertschöpfung sichern, Arbeitsplätze halten und neue schaffen.

Internationale Studentinnen und Studenten sind ein Gewinn, wenn aus Studium Perspektive wird. Wir verzahnen Studium und Wirtschaft frühzeitig, bauen Praxisphasen aus und schaffen klare Bleibeperspektiven für Absolventen in Zukunfts- und Engpassberufen. Aufenthalts- und Anerkennungsverfahren werden beschleunigt, Integration beginnt im Betrieb. Unser Ziel ist eindeutig: Talente gewinnen – und dauerhaft für Baden-Württemberg halten. In diesem Zusammenhang können wir uns perspektivisch auch vorstellen, die bisherigen Studiengebühren für internationale Studierende weiterzuentwickeln und stärker leistungsorientiert auszurichten – etwa durch gezielte Stipendienprogramme. Solche Programme könnten besonders qualifizierte ausländische Studierende fördern und zugleich einen klaren Anreiz setzen, nach dem Abschluss in Baden-Württemberg zu bleiben und hier in den Arbeitsmarkt einzutreten. So ließe sich Talentförderung mit Fachkräftesicherung verbinden.



Das Modell der Hochschulfinanzierungsvereinbarung hat sich bewährt – auch für die Hochschulen im trinationalen Oberrheingebiet. Die Hochschulfinanzierungsvereinbarung bietet unseren Hochschulen eine verlässliche Grundfinanzierung über mehrere Jahre. Doch der Anteil der staatlichen Grundfinanzierung ist zu gering. Deshalb wird die SPD den Anteil der landesseitigen Grundfinanzierung für die Hochschulen wieder erhöhen. Das kommt allen Hochschulen in allen Landesteilen zugute. Nullrunden, wie die von der grün-schwarzen Landesregierung für 2026 verordnete, wird es mit der SPD nicht geben. Baden-Württemberg ist Innovationsland und braucht dafür technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt. Um auch in Zukunft Heimat von Spitzenforschung und Hochtechnologie zu sein, wird die SPD die Innovationskraft des Landes erhalten und ausbauen – auch durch die Exzellenzstrategie des Bundes und der Länder, bei der zuletzt die Universität Freiburg und die Exzellenzuniversität KIT sehr erfolgreich waren. Der Innovationscampus Nachhaltigkeit ist ein zentraler Ort der interdisziplinären Forschung im Bereich Nachhaltigkeit und nachhaltige Technologie und wirkt tief in die Region hinein und auch darüber hinaus – die SPD bekennt sich zu den Innovationscampusmodellen im Land und wird sie v. a. in Hinblick auf den Technologietransfer weiter stärken.

Mit einer Innovations-Offensive wird die SPD die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sichern und die Produktivität steigern. Die SPD wird dafür sorgen, dass Förderprogramme, wie z. B. Batteriezellforschung, Künstliche Intelligenz, Cyber-Sicherheit und Einrichtungen, wie z. B. das CyberValley ihre Forschung besser in den Transfer von Grundlagen und in die Produktion umsetzen. Zudem braucht das Land eine umfassende KI-Strategie, die wirtschaftliche Chancen nutzt und den Unternehmen Zugänge eröffnet und Transparenz schafft. Die SPD wird die Rolle der „Vier Motoren für Europa“ als wirtschaftsstarke Regionen in der EU (Baden-Württemberg, Auvergne-Rhône-Alpes, Lombardei, Katalonien) stärken. Vor allem in den Bereichen Forschung und Wirtschaft wird die SPD die Zusammenarbeit intensivieren.

Forschung in Baden-Württemberg wird oft über Drittmittel finanziert. Gleichbedeutend wichtig ist jedoch die Grundfinanzierung der Hochschulen. Die SPD wird den Anteil der landesseitigen Grundfinanzierung für die Hochschulen wieder erhöhen, um so den Hochschulen in ihren Aufgaben Forschung und Lehre wieder mehr Spielraum zu geben. Die Hochschulen sind ein unverzichtbarer



Motor für die wissenschaftliche Innovation – das wird die SPD weiter fördern. Insbesondere will die SPD den Forschungstransfer und damit die wirtschaftliche Transformation fördern. Die SPD wird Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen stärken und dazu langfristig finanzierte Transferzentren und Transferbeauftragte an den Hochschulen etablieren sowie Kooperations-Coaches einführen, die die Forschenden und Unternehmen rechtlich beraten.

Die SPD wird allen Unternehmen Zugang zu Quantencomputing ermöglichen. Quantencomputing ermöglicht die Lösung hochkomplexer Probleme und bietet vielfältige Chancen in der Zukunft, unter anderem für Logistik und Verkehr, die Industrie, die Materialforschung und für die Nutzung von Künstlicher Intelligenz.

Einzelne Leuchttürme wie das CyberValley Stuttgart/Tübingen und der Innovationspark Künstliche Intelligenz in Heilbronn müssen so weiterentwickelt werden, dass sie einen Mehrwert für Wirtschaft und Wissenschaft im ganzen Land bieten. Baden-Württemberg ist mit seinen Hightech-Zentren ein dezentralisierter Innovationsstandort. Damit Unternehmen landesweit davon profitieren können, wird die SPD-Forschungs- und Entwicklungsstandorte besser vernetzen, sodass Innovationen als Anwendungen landesweit in Unternehmen und Einrichtungen ankommen.

Darüber hinaus braucht es mehr Investitionen in Weiterbildung und Qualifizierung. Für Beschäftigte in KMU wird die SPD deshalb einen Weiterbildungsfonds mit 20 Millionen Euro aufsetzen. Die Anforderungen an Beschäftigte verändern sich durch KI. Weiterbildung und Qualifizierung sollen selbstverständlich werden und vom Land unterstützt werden, besonders in KMU. Die SPD startet hierfür eine Weiterbildungsoffensive für KI-Kompetenz in Berufsschulen, Hochschulen und Volkshochschulen.

Für Entwicklungen im Bereich der Medizintechnik wird die SPD die universitäre Forschung stärken. Deshalb unterstützt die SPD den Zusammenschluss der Universitätsklinika Heidelberg und Mannheim zu einem Klinikverbund. Dieser Verbund ist ein wichtiger Schritt hin zu einer besseren medizinischen Versorgung und bündelt Forschungskompetenzen in der Metropolregion Rhein-Neckar.

Die SPD wird mit einer Transformationsmilliarde die Infrastruktur im Land ausbauen, Innovationen fördern und zudem Transformations-Modellregionen einrichten. Wo möglich nutzen wir hierfür



gesetzliche Öffnungsklauseln und werden Genehmigungsverfahren über sogenannte One-Stop-Agencies (eine Anlaufstelle, sodass z. B. für einen Antrag nur der Gang zu einer Behörde nötig ist, die alle Leistungen erbringen kann) bündeln und Verfahren dadurch so stark wie möglich vereinfachen. Die Modellregionen sind Reallabore und Vorbilder; sie zeigen, was in Baden-Württemberg möglich ist.

Mit einer Innovations-Offensive wird die SPD die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sichern und die Produktivität steigern. Die SPD wird dafür sorgen, dass Förderprogramme (z.B. Batteriezellforschung, Künstliche Intelligenz) und Einrichtungen (z. B. Cyber-Valley) ihre Forschung besser in den Transfer von Grundlagen und in die Produktion umsetzen. Ziel muss sein, neben Arbeitsplätzen in der Forschung tarifgebundene Facharbeitsplätze in der Produktion zu sichern und auszubauen. Die Institute der Innovationsallianz Baden-Württemberg, die zusammen mit Unternehmen Produkte von der Idee bis zur Marktreife entwickeln, leisten wichtige Arbeit. Deshalb wird die SPD die Innovationsallianz Baden-Württemberg stärker fördern. Das erfolgreiche Programm InvestBW wird die SPD in den kommenden Jahren finanziell deutlich ausweiten.

Unternehmen müssen sich im Wandel auf bessere Rahmenbedingungen verlassen können. Daher wird die SPD Genehmigungsverfahren straffen und beschleunigen und unnötige Bürokratie abbauen. Zudem wird die SPD ein Bürokraziemoratorium verhängen. Zwei Jahre lang dürfen von Landesseite keine neuen Regelungen beschlossen werden, die in Unternehmen zu zusätzlicher Bürokratie führen. Eine klare Ausnahme gilt dort, wo es um Rechte der Arbeitnehmer:innen oder um faire Wettbewerbsbedingungen in der Transformation geht. Überflüssige Bürokratie muss weg. Gute Arbeit bleibt.

Die SPD wird Kooperationen von Hochschulen und Unternehmen stärken und dazu langfristig finanzierte Transferzentren und Transferbeauftragte an den Hochschulen etablieren sowie Kooperations-Coaches einführen, die die Forschenden und Unternehmen rechtlich beraten. Bestehende Förderprogramme wird die SPD für die Kooperation von Universitäten und Unternehmen öffnen und finanziell besser ausstatten. Zudem wird die SPD Anreize für Professor:innen schaffen, verstärkt mit Unternehmen zu kooperieren. Um das große Transferpotential der HAW noch besser zu nutzen, wird die SPD die HAW-Teilzeitprofessur einführen.



Darüber hinaus muss das Land sich verpflichten, Förderungen der DFG zu kofinanzieren. Die grün-schwarze Landesregierung hat bei der Aufstellung des Staatshaushaltsplans 2025/26 den Landesanteil für die Beschaffung von Großgeräten für die Forschung an den HAW gestrichen und spart so über 20 Mio. Euro ein – allerdings aus der Sicht der SPD an der ganz falschen Stelle! Wer mehr Forschungstransfer will, wer die Wirtschaft bei der Transformation unterstützen will, der darf nicht bei der angewandten Forschung sparen! Die SPD wird sich dafür einsetzen, dass diese Streichung zurückgenommen wird – spätestens mit dem nächsten Landeshaushalt.

Baden-Württemberg braucht international ausgerichtete Forschung. Forschende aus aller Welt, die an Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Baden-Württemberg forschen, nutzen Forschungsergebnisse von Forschenden aus aller Welt und arbeiten international eng mit ihren Kolleg:innen zusammen. Um Baden-Württemberg in der Forschung weiter voranzubringen, wird die SPD mit eigens dafür entworfenen Programmen internationale Forschende anwerben. Angesichts der weltweiten Bedrohung der Wissenschaftsfreiheit soll Baden-Württemberg sicherer Hafen und Magnet für Forschende und Wissenschaftler:innen aus aller Welt sein. Wer aus autoritären oder illiberalen Staaten flieht, soll bei uns eine neue akademische Heimat finden. Dafür wird die SPD gezielte Anreizprogramme schaffen, Visa- und Berufsamerkennungsverfahren erleichtern und internationale Berufungsnetzwerke fördern. So entstehen Innovation, Wachstum und ein Land, das von Weltoffenheit und Forschungsfreiheit lebt.

Damit Forschungsergebnisse aus Studien von aus- und inländischen Mitbürger:innen auch im Land einen Mehrwert generieren, wird die SPD den Forschungstransfer in die Wirtschaft stärken. Zu den einzelnen Maßnahmen siehe oben. Wir setzen uns für die Abschaffung der Studiengebühren für internationale Studierende ein.



Wir Freie Demokraten wollen Baden-Württemberg als Leuchtturm für Wissenschaft und Technologie erhalten und seine internationale Wettbewerbsfähigkeit dauerhaft sichern. Gerade der badische Landesteil mit seinen starken Standorten am Oberrhein – von Karlsruhe über Freiburg bis in die Technologie- und Industrieregionen Richtung Mannheim – ist dabei ein zentraler Innovationsmotor. Damit Forschung und Entwicklung ihre volle Wirkung entfalten können, ist es notwendig, Wissenschaft von unnötiger Bürokratie zu entlasten, Förderprozesse deutlich zu verschlanken und diese stärker auf Exzellenz und Wissenstransfer auszurichten. Nur so können Forscherinnen und Forscher sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren, statt Verwaltungsaufwand zu bewältigen.

Uns ist dabei besonders wichtig, die Brücke zwischen Grundlagenforschung und wirtschaftlicher Anwendung zu stärken. Deshalb wollen wir den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in die Praxis gezielt fördern. Mit Innovationsgutscheinen schaffen wir unbürokratische Zugänge für kleine und mittlere Unternehmen, damit diese von aktuellen Forschungsergebnissen profitieren und neue Technologien schneller „vom Labor in den Markt“ bringen können. Ergänzend wollen wir Innovationscampus in Schlüsselbereichen als echte Freiheitszonen etablieren, in denen Wissenschaft und Wirtschaft mit minimalem Verwaltungsaufwand gemeinsam an Zukunftslösungen arbeiten können. Gerade in der Oberrheinregion bestehen hierfür bereits starke Voraussetzungen durch die enge Verbindung von Hochschulen, Forschungseinrichtungen und industriellen Clustern.

Darüber hinaus setzen wir auf den gezielten Ausbau von Zukunftslaboren an den Hochschulen, insbesondere in Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Robotik, Cyber-Security, Medizintechnik und Quantentechnologie. Diese Labore sollen nicht nur Spitzenforschung ermöglichen, sondern auch als Impulsgeber für Ausgründungen und Kooperationen mit der Wirtschaft dienen. Damit der Transfer in die Unternehmen gelingt, wollen wir besonders die Hochschulen für angewandte Wissenschaften und die Duale Hochschule Baden-Württemberg stärken, die durch ihre praxisnahe Ausrichtung eine zentrale Rolle bei der Umsetzung von Innovationen in mittelständischen Betrieben spielen – gerade auch in den industriestarken Regionen Badens.

Eine verlässliche und planbare Hochschulfinanzierung ist für uns Grundvoraussetzung für wissenschaftliche Exzellenz. Wir wollen den Anteil der Grundfinanzierung stärken und eine Sanierungsoffensive für die bauliche Infrastruktur starten, damit Hochschulen und



Forschungseinrichtungen langfristig planen und in moderne Ausstattung investieren können. Gerade leistungsfähige Forschungsinfrastruktur ist entscheidend, damit Baden seine Rolle als Hightech-Standort weiter ausbauen kann.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein mit Frankreich und der Schweiz ist für uns von strategischer Bedeutung. Wir wollen diese Region als europäischen Innovationsraum weiterentwickeln, in dem gemeinsame Forschung, Technologieentwicklung und Transfer schneller möglich sind als anderswo. Dazu setzen wir auf eine enge Kooperation in Bereichen wie Energietechnologien, Cyber-Security, autonomes Fahren, Batterietechnologie und Medizintechnik. Die Oberrheinkonferenz ist hierfür eine bewährte Plattform, die wir weiter stärken und ausbauen wollen, damit Wissenschaft, Wirtschaft und Politik im trinationalen Raum noch besser zusammenwirken können.

Wir wollen nicht zuletzt auch die internationale Spitzenforschung fördern und exzellente Forscherinnen und Forscher nach Baden-Württemberg holen. Entscheidend ist dabei, dass wir Talenten gute Rahmenbedingungen und echte Bleibeperspektiven bieten. Deshalb setzen wir uns für vereinfachte Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse für gut ausgebildete Akademiker ein. Absolventen sollen nicht nur hier studieren, sondern auch hier gründen, forschen und arbeiten können. So profitiert das Land nachhaltig von internationalen Talenten und stärkt seine Position im globalen Wettbewerb um die besten Köpfe.



## Baden-Baden

Die äußerst angespannte Finanzsituation der Stadt Baden-Baden beschäftigt die Verantwortlichen seit den 1980er Jahren mit zunehmender Sorge. Die Fusion der Rundfunkanstalten, die durch das Land durchgesetzt wurde, stärkte den Standort Stuttgart auf Kosten von Baden-Baden. Nicht nur der Imageverlust ist groß, Hunderte von Arbeitsplätzen gingen verloren. Steuerkraft und Gewerbesteuererinnahmen der Funk- und Fernsehwerbung gingen nach Stuttgart. Der Wegzug der französischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, als Folge der Standortaufgabe führte zu weiteren Kaufkraftverlusten.

Die Tatsache der gravierend schlechteren Haushaltslage gegenüber anderen Städten, hat Ihre Ursachen vor allem in den falschen Weichenstellungen des Landes.

Die Zerschlagung der seit Jahrzehnten sehr erfolgreich arbeitenden Bäder- und Kurverwaltung, die von Land und Stadt getragen, aus der Spielbankabgabe finanziert wurde sowie die Umwandlung der Rückflüsse aus der Spielbankabgabe als nicht ausreichende Landeszuschüsse, hat sich für die Stadt außerordentlich nachteilig ausgewirkt. Es fehlen jährlich Millionen für die Erhaltung der kurörtlichen Infrastruktur. Das Land reduzierte den Anteil Baden-Badens bereits 1955 auf 65 und später auf 50%.

Schwer geschädigt wurde die jahrzehntelang einzige Spielbank in Deutschland durch die Gründung der staatlichen Spielbank Stuttgart und die Verstaatlichung der Spielbank Baden-Baden mit Filiale Konstanz. Seit 1994 ist die Rückerstattung für Baden-Baden aus der Spielbankabgabe auf 19.1% geschrumpft und die Stadt nicht mehr in der Lage ihre Aufgaben zu erfüllen.

Die Zukunft des Neuen Schlosses, das zusehends verfällt steht unter höchstem Denkmalschutz und deshalb muss nach Gesetz das Land alle rechtlichen Schritte gegenüber den Eigentümern durchsetzen, um die Bausubstanz zu erhalten. Ihre Verantwortung hat sie seit dem Verkauf aufgegeben und die Stadt allein gelassen.

Die Weltgemeinschaft hingegen hat die Bedeutung der Stadt zum Welterbe erhoben und damit entstand eine besondere zusätzliche Verpflichtung auch für das Land Baden-Württemberg.

Wir fragen deshalb ihre Partei: Wie werden Sie die Stadt Baden-Baden unterstützen, damit sie der Klassifizierung Welterbestadt gerecht werden kann?



Wir setzen uns dafür ein, dass Baden-Baden mit Land einen verlässlichen Partner an seiner Seite hat, gerade im Bereich Kunst und Kultur. Dazu gehört, dass wir den Landesanteil an wichtigen Kulturförderungen stabil halten, selbst wenn Kommunen derzeit bei ihrem Kofinanzierungsanteil kürzen müssen. Mit einer Sanierungsoffensive für Kultur- und Kunstbauten wollen wir sicherstellen, dass zentrale Kulturorte gepflegt, modernisiert und langfristig erhalten bleiben. Gleichzeitig stärken wir das enge Miteinander von Land und Kommunen, indem wir bei Bedarf auch bestehende Finanzierungsschlüssel anpassen. Mit dem milliardenschweren Hilfspaket aus dem Sondervermögen sowie der Erhöhung des kommunalen Finanzausgleichs unterstützen wir Städte wie Baden-Baden spürbar. So tragen wir dazu bei, dass Baden-Baden die hohen Anforderungen einer Welterbestadt weiterhin erfüllen kann.



Mit einem neuen Welterbefonds in Höhe von 1,5 Mio. Euro pro Jahr und zusätzlichen Wettmitteln von Toto-Lotto in Höhe von jährlich 1,4 Mio. Euro (also insgesamt zusätzlichen 2,9 Mio. Euro pro Jahr) haben wir die Finanzierung der sieben Welterbestätten im Land in dieser Legislatur deutlich gestärkt – und damit insbesondere auch Baden-Baden als Teil der Welterbestätte „Bedeutende Kurstädte Europas“.

Darauf aufbauend werden wir uns künftig weiterhin für die Stärkung des kulturellen Erbes im Land einsetzen.



Baden-Baden ist als Welterbestadt ein Aushängeschild für ganz Baden-Württemberg. Für uns als SPD gilt: Wir unterstützen die Stadt verlässlich, planbar und mit Blick auf konkrete Umsetzbarkeit. Dazu wollen wir die einschlägigen Landesprogramme zur Denkmalpflege und zur Sanierung der einzigartigen Kurarchitektur, der Bäder, Parks und öffentlichen Räume stärken und auf mehrjährige, verlässliche Förderkulissen ausrichten, damit Baden-Baden langfristig planen kann. Wir setzen uns für ein professionell ausgestattetes Welterbe-Management ein, das Stadtplanung, Denkmalschutz, Verkehr, Tourismus und Kultur koordiniert, sowie für ein starkes Informations- und Besucherzentrum, das die Bedeutung des Welterbes vermittelt und Besucherströme steuert. Welterbeschutz verbinden wir mit bezahlbarem Wohnen, lebendigen Quartieren, lokaler Wirtschaft, nachhaltigem Tourismus und guter, klimafreundlicher Mobilität – keine Museumsstadt, sondern ein lebenswerter Ort für die Menschen vor Ort. Grundlage bleibt für uns: Nur Projekte versprechen, die finanziell, rechtlich und administrativ leistbar sind.



Die Stadt Baden-Baden befindet sich derzeit in einem großen Strukturwandel. Dies hat sie mit einigen anderen Kommunen in Baden-Württemberg gemeinsam, jedoch sind die Herausforderungen dort – wie in der Frage bereits skizziert – ziemlich einmalig. Baden-Baden als Welterbe hat einen historischen Wert, die Fragen müssen allerdings in der Gegenwart beantwortet werden. Die Frage der Finanzierung der Kur- und Heilbäder sowie die Entwicklungen im Glücksspielbereich unterliegen Entwicklungen und Rahmenbedingungen, die nur teilweise vom Land beeinflusst werden können. Bei der Struktur des SWR ist zu beachten, dass öffentlich-rechtliche Sender derzeit einer berechtigten Kostendiskussion ausgesetzt sind und daher die Schaffung und Stärkung regionaler Strukturen sehr sensibel behandelt werden müssen. In zwei Bereichen kann das Land seinen Einfluss jedoch wirksam geltend machen, die wir in der Frage der prosperierenden Entwicklung Baden-Badens für sinnvoll halten: die Stärkung und sensible Modernisierung als Kulturort für den Fremdenverkehr sowie die wirtschaftliche Entwicklung in Bereichen, die jenseits der traditionellen Muster (Heilbad, Spielbank, Landessender) liegen. Hier muss sich das Land als Unterstützer und Initiator gegenüber den Verantwortlichen vor Ort beweisen.



## Badische Gedenkstätten

Mit zum Teil erheblichem finanziellen Aufwand unterstützt das Land Baden-Württemberg fünf größere Geschichtsorte und Gedenkstätten im württembergischen Landesteil. Im badischen Landesteil gibt es dagegen keine entsprechende Einrichtung.

Seit dem Jahr 2012 bemüht sich der Verein „Lernort Kislau“ darum, auf dem Areal des ehemaligen Konzentrationslagers Kislau in Bad Schönborn bei Bruchsal einen Lernort zur gesamtbadischen NS-Geschichte zu errichten.

Seit dem Jahr 2018 fördert das Land das Projekt „Lernort Kislau“ institutionell, es bestehen seit Gründung der Initiative auch Bestrebungen am Ort des ehemaligen Konzentrationslagers eine Bildungs- und Begegnungsstätte zu errichten. Im Dezember 2024 hat der Landtag für diesen Neubau 1,8 Mio. € in den Landeshaushalt aufgenommen. Auch wenn damit nun die Realisierung des Projekts in greifbare Nähe gerückt ist, kann es nach nun über 10 Jahren Planungszeit nicht vollständig sicher sein, dass diese Mittel ausreichen – auch um einen langfristigen Betrieb zu gewährleisten. Ist Ihre Partei und Fraktion bereit, sich für einen Erinnerungsort an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in Baden einzusetzen und dessen dauerhafte Finanzierung über Mittel des Landes Baden-Württemberg sicherzustellen?

Eine weitere Gedenkstätte in Baden ist das Karlsruher Ständehaus, dem man auch über die Grenzen Badens hinaus eine besondere Bedeutung für die Demokratiegeschichte in Deutschland zumessen kann. Auch wenn das Gebäude des ersten Parlamentsneubau in Deutschland im 2. Weltkrieg zerstört wurde, besteht seit 1991 ein an das ursprüngliche Gebäude erinnernder Neubau der Stadt Karlsruhe. Dieser beherbergt auch eine Ausstellung zur Demokratiegeschichte in Baden und ganz Deutschland, die von der Stadt Karlsruhe im Wesentlichen finanziert wurde.

Ist Ihre Partei bereit dafür einzutreten, dass sich das Land Baden-Württemberg bei einer Neukonzeption der Ausstellung maßgeblich finanziell beteiligt und gegebenenfalls einer Trägerschaft allein durch das Land – als Rechtsnachfolger von Großherzogtum und Republik Baden - anstrebt?



Die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft ist und bleibt essentielle staatliche Verantwortung. Das gilt heute mehr als je zuvor. Wir unterscheiden dabei allerdings nicht nach Regionen oder Landesteilen.

Das zeigt ein Blick auf das aktuelle Gedenkstättenbudget des Landes: Im Jahr 2025 war die vom Land finanziell am stärksten geförderte Gedenkstätte der Lernort Kislau (badischer Landesteil). Auf Platz zwei folgt die Gedenkstätte Grafeneck (württembergischer Landesteil).

Daneben werden im badischen Landesteil auch weitere Gedenkstätten vom Land finanziell gefördert, wie beispielsweise das Dokumentationszentrum Nationalsozialismus in Freiburg oder der Gedenkstättenverbund Südlicher Oberrhein. Das finanzielle Gesamtvolumen in der Gedenkstättenförderung war 2025 zwischen den Landesteilen annähernd identisch.

Wir halten es aber – gerade bei dieser Thematik – für unangebracht, zwischen Baden und Württemberg zu unterscheiden.

Das zeigt exemplarisch ein Blick auf die Gedenkstätte Grafeneck: Dort wurden in der NS-Zeit Menschen mit Behinderung und psychischen Erkrankungen systematisch ermordet. Die Opfer kamen dabei nicht nur aus Württemberg, sondern aus 49 Einrichtungen, die in ganz Süddeutschland verteilt lagen. Davon lagen 12 Einrichtungen in Württemberg und 17 Einrichtungen in Baden. Eine NS-Gedenkstätte ist deshalb nie eine „württembergische“ oder eine „badische“ Gedenkstätte, sondern sie betrifft unsere gemeinsame Geschichte.

Das Ständehaus in Karlsruhe ist für unsere Demokratie und die Geschichte unseres Landes ein Ort von herausgehobener Bedeutung. Wir werden deshalb prüfen, wie man die Geschichte des Ständehauses und seine Rolle bei der Entwicklung unserer parlamentarischen Demokratie angemessen in Szene setzen kann. Hier könnten wir uns insbesondere eine Einbindung des Badischen Landesmuseums in die Konzeption, Realisierung und weitere Betreuung dieses Ortes vorstellen. Für uns ist dabei am Wichtigsten: Wir wollen Gedenkstätten als echte Gedenk- und Lernorte, an denen man Demokratie erleben kann.



Für die CDU ist die lebendige Erinnerungskultur ein unverzichtbarer Bestandteil unserer demokratischen Identität. Wer die Geschichte kennt, versteht, wie zerbrechlich Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenwürde sind – und warum sie jeden Tag neu verteidigt werden müssen. Gerade junge Menschen brauchen Orte, an denen Geschichte nicht abstrakt bleibt, sondern erfahrbar wird. Denn mit dem fortschreitenden Verlust der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wächst unsere gemeinsame Verantwortung, ihre Stimmen und ihre Mahnung wachzuhalten.

Erinnerung braucht Orte – und diese Orte brauchen Pflege, Schutz und eine verlässliche politische Unterstützung. Dieser Grundsatz leitet die CDU. Deshalb engagiert sich das Land seit vielen Jahren für eine Vielzahl von Gedenkstätten an authentischen historischen Orten.

Gleichzeitig stehen wir zu einer ehrlichen und verantwortungsvollen Haushaltspolitik. Die öffentlichen Mittel sind nicht unbegrenzt. Eine solide Finanzpolitik ist Voraussetzung dafür, dass wir auch künftig handlungsfähig bleiben – gerade in so sensiblen Bereichen wie der Erinnerungskultur. Deshalb müssen im Rahmen der Haushaltsaufstellung immer wieder sorgfältige Abwägungen getroffen werden, um eine tragfähige und gerechte Förderung der verschiedenen Gedenkort sicherzustellen.

In diesem Zusammenhang kommt dem „Lernort Kislau“ mit seinen heutigen Angeboten, aber auch dem geplanten Bildungszentrum eine besondere Bedeutung zu. Als eines der ersten Konzentrationslager und späteres Haft- und Bewahrungslager ist Kislau ein historisch bedeutsamer Ort politischer Verfolgung in Baden-Württemberg. Heute ist der Lernort weit mehr als eine Gedenkstätte: Er ist ein Raum der politischen Bildung und der aktiven Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur und ihren Folgen. Mit pädagogisch durchdachten Formaten und Workshops erreicht er insbesondere Schülerinnen und Schüler und schafft es, Geschichte in einen Dialog mit der Gegenwart zu bringen. Themen wie Ausgrenzung, Entrechtung und die Gefährdung demokratischer Strukturen werden hier greifbar und in einen aktuellen Kontext gestellt.

Gerade diese Arbeit mit jungen Menschen ist aus Sicht der CDU von unschätzbarem Wert. Demokratiebildung gelingt nicht allein im Lehrbuch, sondern durch Begegnung, durch persönliche Betroffenheit und durch die Auseinandersetzung mit konkreten Schicksalen.



Deshalb ist für die CDU klar: Wir stehen zu unserer historischen Verantwortung und verbinden sie mit einer generationengerechten, soliden Finanzpolitik. Erinnerung bewahren heißt Zukunft gestalten – in Freiheit, Verantwortung und im festen Bewusstsein unserer Geschichte.

In Baden-Württemberg gibt es eine große Vielzahl an Gedenkstätten, allein mehr als achtzig im Bereich der schrecklichen Verbrechen in der Zeit des NS-Regimes und viele weitere im Bereich der Demokratiebildung. Sämtliche Orte sind historisch von unschätzbarem Wert – und sie verdienen unseren Respekt, unsere Aufmerksamkeit und unsere Unterstützung.

Gerade deshalb ist es uns als CDU wichtig, verantwortungsvoll und gerecht mit den vorhandenen Mitteln umzugehen. Die Zahl der Gedenkort ist groß, ihr Anliegen ist berechtigt, und ihr Engagement – häufig getragen von Ehrenamtlichen – ist beeindruckend. Wir wissen, wie viel Herzblut in der Erinnerungsarbeit steckt. Umso sensibler ist die Frage der finanziellen Förderung.

Um die Unterstützung transparent, fachlich fundiert und fair zu gestalten, gibt es spezialisierte Stellen im Bereich der Landeszentrale für politische Bildung. Dort wird geprüft, wie die vorhandenen Mittel so eingesetzt werden können, dass die Gedenkstättenlandschaft insgesamt gestärkt wird. Dieses strukturierte Verfahren dient nicht der Distanzierung, sondern der Verantwortung: Es soll sicherstellen, dass kein Ort aus dem Blick gerät und die Förderung nachvollziehbar verteilt wird.

Darüber hinaus sind weitere Einzelförderungen von Gedenkstätte derzeit kaum möglich. Diese Entscheidung ist kein Ausdruck mangelnder Wertschätzung – im Gegenteil. Sie ist Ausdruck der Verpflichtung, allen bestehenden Gedenkstätten in Baden-Württemberg gerecht zu werden und die vorhandenen Ressourcen solide und ausgewogen einzusetzen.



Ja, wir sind dazu bereit und haben uns bereits in der Vergangenheit dafür eingesetzt. Wir brauchen Erinnerungsorte – heute mehr denn je – und das Land muss sich an deren dauerhaft gesicherten Finanzierung entsprechend beteiligen. Wir werden uns daher weiter dafür einsetzen, dass die Finanzierung auch in Zukunft gesichert ist.

Wir werden prüfen, in welchem Maße sich das Land an der Finanzierung beteiligen kann. Hinsichtlich der Trägerschaft ist es notwendig, sich mit allen Beteiligten abzustimmen und eine langfristige Lösung zu finden.



Die Geschichte unserer Demokratie muss ein Eckfeiler des Zusammenlebens in unserm Land sein. Wir haben daher großes Interesse an den Stätten der Demokratie in Karlsruhe. Dabei sind wir überzeugt, dass es immer wieder neuer Konzeptionen für Ausstellungen und die Vermittlungsarbeit insgesamt bedarf. Wir sehen das Land in der Pflicht, diese zu unterstützen. Wir Freie Demokraten treten entschieden gegen Extremismus und Antisemitismus ein. Dazu gehört für uns auch, die Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft wachzuhalten und die Bildungs- und Erinnerungsarbeit zu stärken. Unwuchten beim staatlichen Engagement in den verschiedenen Landesteilen sollten dabei vermieden werden. In den letzten Jahren hat der Landtag mit aktiver Unterstützung der Freien Demokraten die Haushaltsmittel für die Gedenkstätten im Land erhöht. Für den Lernort Kislau wurden weitgehende Zusagen gemacht. Wir setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass die gemeinsamen Bemühungen möglichst zügig dazu führen, dass der Lernort Kislau ein institutionell gesichertes und erfolgreiches Zentrum der Gedenkstättenarbeit wird. Nach unserem Kenntnisstand gibt es derzeit insbesondere Fragen um mögliche Einschränkungen der Bebaubarkeit des Grundstücks. Hier setzen wir darauf, dass Gemeinde, Landratsamt und Regierungspräsidium Karlsruhe zügig eine Lösung dafür finden. Unter allen Umständen sollten wir vermeiden, dass die bisherigen Architekturplanungen und das Bebauungsplanverfahren geändert werden müssen. Sofern dafür die Unterstützung des Landes notwendig ist, setzen wir uns dafür ein.



## Grenzüberschreitende Mobilität

Für Baden ist die Zusammenarbeit nicht nur mit unseren Nachbarbundesländern, sondern auch mit den Nachbarstaaten Frankreich und der Schweiz essenziell: Betrachtet man z. B. die Tagespendler anhand der historischen Grenzen der Landesteile, so ist deren Anzahl von und nach Baden aus den Nachbarländern höher als die Anzahl der Tagespendler zwischen dem badischen und württembergischen Landesteil. Wie möchten Sie die grenzüberschreitende, regionale Zusammenarbeit - insbesondere mit dem Elsass und der Nordschweiz - ausbauen und bereits erzielte Fortschritte sichern?

Insbesondere im Bereich der Mobilität zeigen allein die Tagespendlerzahlen die Bedeutung einer flüssigen Abwicklung an den Außengrenzen der Bundesrepublik gerade für Baden. Wie möchten Sie bei einer Beteiligung an einer neuen Landesregierung sicherstellen, dass das badische Bedürfnis nach unkompliziertem und unbehindertem Grenzverkehr gewährleistet wird?

Im Sinne einer nachhaltigen Mobilität besteht noch viel Potential den bereits vorhandenen internationalen Grenzverkehr von und nach Baden zu verbessern. Wie möchten Sie die Infrastruktur des öffentlichen Verkehr ins Elsass und in die Schweiz verbessern?

Inwieweit unterstützen Sie durch Fördermittelzusagen die Einbeziehung von grenzüberschreitender Planungen zum öffentlichen Verkehr bei der regionalen und lokalen Nahverkehrsplanung? Werden Sie sich für den Ausbau eines schienengebundenen öffentlichen Nahverkehrs zwischen dem Nordelsass und Nordbaden im Bereich Haguenau und Rastatt einsetzen?

In Nordbaden besteht derzeit noch ein „Nadelöhr“ im europäischen Schienenverkehr zwischen Mannheim und Karlsruhe. Die Planungen zu dessen Beseitigung sind in der letzten Legislaturperiode weit fortgeschritten. Wie werden Sie sich in einer Landesregierung an diesem bundesweit und europäisch wichtigen Projekt beteiligen, insbesondere um neue Belastungen für die anliegenden Kommunen in Nordbaden, die durch dieses Projekt entstehen können, zu vermeiden?



Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn in Frankreich und der Schweiz ist ein zentraler Bestandteil unserer Europapolitik. Gerade in Grenzregionen wie dem Oberrhein oder dem Bodenseeraum wird konkret sichtbar, was ein lebendiges Europa ausmacht. Deshalb arbeiten wir kontinuierlich daran, bestehende Hürden und Hindernisse für ein noch engeres Zusammenwachsen abzubauen.

Für uns ist klar: Grenzregionen sind gemeinsame Lebens- und Arbeitsräume. Wir wollen den grenzüberschreitenden Austausch weiter stärken – sei es in der Wirtschaft, der Mobilität, der kulturellen Zusammenarbeit, in Bildung oder in Wissenschaft und Forschung.

Ein wichtiger Baustein ist die 2020 auf den Weg gebrachte Frankreich-Strategie des Landes. Mit ihr haben wir die Zusammenarbeit zwischen Baden-Württemberg und Frankreich auf ein neues Niveau gehoben. Eine besondere Rolle spielt dabei der Mikroprojektfonds, mit dem wir deutsch-französische Begegnungs- und Austauschprojekte unbürokratisch fördern. Diese bewährten Förderinstrumente wollen wir weiterführen und ausbauen. Denn wir sind überzeugt: Der persönliche Kontakt und das gegenseitige Kennenlernen sind das Fundament eines gelebten Europas.

Auch die Zusammenarbeit mit der Schweiz haben wir weiter ausgebaut: Mit der Novellierung der Schweiz-Strategie im letzten Jahr intensivieren wir die grenzüberschreitende Kooperation unter anderem in den Bereichen Wirtschaft, Forschung, Mobilität, Klima- und Umweltschutz, Kultur sowie Bildung. In Zukunft werden wir die Umsetzung der Schweiz-Strategie eng begleiten.

Außerdem messen wir bestehenden grenzüberschreitenden Gremien eine große Bedeutung bei. Formate wie die Internationale Bodenseekonferenz oder der Oberrheinrat sind unverzichtbare Plattformen zur Stärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

Schließlich unterstützen wir die Kommunen in den Grenzregionen aktiv dabei, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor Ort weiter auszubauen, beispielsweise durch Beratung, Vernetzung und Förderprogramme.

Europa lebt von offenen Grenzen. Und gerade Baden-Württemberg ist in besonderem Maße auf offene Grenzen und einen unkomplizierten und unbehinderten Grenzverkehr angewiesen. Unsere



hochdynamischen Grenzregionen zu Frankreich und zur Schweiz sind eng verflochtene Lebens- und Arbeitsräume. Tagtäglich pendeln zehntausende Menschen grenzüberschreitend zur Arbeit, zum Studium oder zur Ausbildung.

Die in den vergangenen Jahren von der Bundesregierung ausgeweiteten Grenzkontrollen an den europäischen Binnengrenzen stellen diesen Alltag jedoch zunehmend infrage. Sie belasten Unternehmen, Pendler\*innen und die Menschen in den Grenzregionen erheblich. Für uns ist klar: Dauerhafte oder flächendeckende Grenzkontrollen widersprechen dem Geist von Schengen und dürfen nicht zur neuen Normalität werden.

Wir GRÜNE setzen uns deshalb mit Nachdruck dafür ein, die Grenzkontrollen wieder auf das im Schengen-Raum vorgesehene Maß zurückzuführen.

Die obenstehenden Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet:

Europa wächst zusammen, wenn Bürger\*innen einfach, verlässlich und klimaneutral über Grenzen hinweg mobil sein können. Deshalb arbeiten wir weiter unermüdlich an der Wiedererrichtung der Bahnstrecken Freiburg-Colmar sowie Rastatt-Hagenau und fordern Bund und EU auf, gemeinsam mit uns und unseren französischen Freund\*innen pragmatische Lösungen zu suchen. Ab Mai 2026 werden auf den Strecken Offenburg-Kehl-Straßburg und Müllheim-Neuenburg-Mulhouse neue, komfortablere „Regiolis“-Züge eingesetzt, die das grenzüberschreitende Pendeln deutlich angenehmer machen.

Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der trinationalen Regio-S-Bahn-Basel sowie für die Reaktivierung der Kandertalbahn ein. Entlang des Hochrheins nehmen wir den Schwung aus der Elektrifizierung der Hochrheinbahn mit und wollen den ÖPNV zwischen der Schweiz und Deutschland weiter stärken. Im Hegau und am Bodensee machen wir uns dafür stark, das Projekt BODANRAIL 2045 weiter voranzutreiben. Wir wollen einen integrierten öffentlichen Nahverkehr und die zeitnahe Ausweitung des BW- und Deutschlandtickets auf weitere Strecken in der Schweiz und erstmals nach Frankreich. Wir setzen uns dafür ein, dass das Deutschlandticket in Frankreich bis Strasbourg, Colmar und Mulhouse gelten soll und im Gegenzug französische Tickets in den Verbänden am Oberrhein



anerkannt werden. Damit schaffen wir grenzenlose, flexible Mobilität und stärken nachhaltig den gemeinsamen Wirtschaftsraum am Oberrhein.

Der Linien- und Pendelverkehr auf dem Bodensee, inklusive der Schiffsfahrten zu unseren Nachbarn in die Schweiz und Österreich, soll endlich Teil des öffentlichen Nahverkehrs werden. Dieser soll mit einem einheitlichen Tarif wie dem Deutschlandticket, gegebenenfalls mit Aufpreis, nutzbar sein. Zudem soll die Taktung erhöht werden, damit der Schiffsverkehr, welcher mit klimafreundlichen Fahrzeugen vollzogen werden soll, noch besser und einfacher im Alltag nutzbar ist.

Uns liegt der Schutz vor Lärm auch besonders im Bereich Fluglärm und grenzüberschreitend in Bezug auf die Lärmbelastung durch den Flughafen Zürich sehr am Herzen. Die deutschen Gemeinden am Hochrhein, die unmittelbar in der Einflugschneise des größten schweizerischen Flughafens liegen, wollen wir dabei unterstützen, dieses Thema engagiert angehen zu können. Der Flughafen Zürich wird bekanntlich zeitnah ausgebaut. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Ausbau nicht zu einer Mehrbelastung der deutschen Gemeinden in Südbaden führt.



Der CDU sind leistungsfähige grenzüberschreitende Verkehrsverbindungen mit der Schweiz und Frankreich von zentraler Bedeutung – wirtschaftlich wie verkehrspolitisch. Als Export- und Industrieland im Herzen Europas ist Baden-Württemberg auf schnelle, zuverlässige Bahn- und Straßenverbindungen zu seinen europäischen Partnern angewiesen; deshalb unterstützt die CDU gezielt Investitionen in internationale Schienenachsen wie die Gäubahn Richtung Zürich sowie in die Oberrhein-Verbindungen nach Frankreich. Mit dem Pfaffensteigtunnel wird sich die Leistungsfähigkeit der Schienenstrecke nach Zürich erheblich verbessern.

Mit der im vergangenen Jahr gegründeten „4 Länder Mobil GmbH“ arbeiten seit dem 1. Januar 2026 29 Partner aus vier Ländern rund um den Bodensee an einem besseren Informationsangebot, attraktiven Tarifen und einem vereinfachten Ticketkauf. Die neue Gesellschaft bringt die Verantwortlichen von Bahn-, Bus- und Schiffsverkehr aus Deutschland, Liechtenstein, Österreich und der Schweiz an einen Tisch.

Die CDU-Landtagsfraktion hat die Reaktivierung der Bahnstrecke Karlsruhe-Rastatt-Haguenau-Saarbrücken mit parlamentarischen Initiativen eng begleitet. Wir werden uns auch weiterhin für eine Aufnahme der Strecke in die Transeuropäischen Verkehrsnetze und eine entsprechende Finanzierung einsetzen, um eine zügige Umsetzung zu ermöglichen.

Die Vergabe der Fördermittel für kommunale Verkehrsinfrastruktur erfolgt nach den klar definierten Maßgaben des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG). Maßgeblich sind dabei der konkrete verkehrliche Bedarf, die verkehrliche Wirkung, die Wirtschaftlichkeit sowie die Förderfähigkeit der jeweiligen Maßnahme – nicht deren geografische Lage im Land. Die Mittelverteilung orientiert sich somit an objektiven Kriterien und fachlichen Bewertungen. Entscheidend ist, dass Projekte planerisch ausgereift sind und die Fördervoraussetzungen erfüllen – dann haben sie unabhängig vom Standort faire Chancen auf Unterstützung.

Der Ausbau der Bahnstrecke Mannheim – Karlsruhe ist der CDU ein enorm wichtiges Anliegen, damit beide Städte auch in Zukunft zentrale Drehkreuze für den Personen- und Güterverkehr in Europa bleiben. Die Deutsche Bahn als Vorhabensträgerin hat zahlreiche Linienvarianten genauer geprüft und sie intensiv anhand verschiedener Kriterien verglichen. Dabei hat sich die Variante R4 als die im Vergleich beste Variante durchgesetzt und geht als Vorzugsvariante in die Raumverträglichkeitsprüfung



ein. Die CDU wird das Projekt weiter eng begleiten, um die beste Lösung für die Region und ihre Bürger zu erreichen.



Wir unterstützen jegliche verkehrliche Kooperation und den Ausbau von Bahnstrecken ins Elsass und in die Schweiz. Hierfür stellen wir auch landeseigene Mittel im Rahmen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) zur Verfügung. Wo möglich, werden wir uns auch beim Bund und bei der EU für entsprechende Fördermittel für den Ausbau und die Reaktivierung einsetzen. Dazu zählen u.a. die Rheinbrücke bei Wintersdorf, die Verbindung Appenweiher-Straßburg und die Verbindung Breisach-Colmar. Der Ausbau und die Elektrifizierung der Hochrheinbahn zwischen Basel und Schaffhausen hat bereits begonnen. Für den Ausbau der Bahnstrecke zwischen Mannheim und Karlsruhe müssen die gleichen Grundsätze und Konditionen gelten, wie beim Ausbau der Rheintalbahn zwischen Karlsruhe und Basel. D.h. das Land beteiligt sich finanziell an Lärmschutzmaßnahmen, die über das geforderte gesetzliche Maß hinausgehen, um auch diese Strecken menschen- und umweltfreundlich ausbauen zu können.



Wir stehen für eine leistungsfähige und innovative Verkehrsinfrastruktur. Insbesondere Rheinquerungen wurden auch Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder so leistungsfähig auf- und ausgebaut, wie es wünschenswert wäre. Bei Schienenwegen ist ebenso wie bei Bundes- und Landesstraßen das verantwortliche Engagement des Bundes unerlässlich. Unter dem Begriff „missing links“ wird seit Jahren diskutiert, ohne dass es wirklich substantiell weitergeht. Dabei brauchen wir weniger Symboldebatten über ein Gegeneinander der Verkehrsmittel, sondern eine moderne, intermodale Verkehrspolitik, die vernetzt, digital und gegebenenfalls auch automatisiert aufgebaut ist.

Für uns ist dabei klar, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Mobilitätsfragen erhalten bleiben und bei Bedarf auch ausgeweitet werden sollte. Besonders die Oberrheinkonferenz sehen wir als Musterbeispiel für gelungene Kooperation in Fragen um grenzüberschreitende Mobilität.

Gleichzeitig wollen wir den ÖPNV und die Schiene, auch grenzüberschreitend, spürbar verbessern. Der öffentliche Verkehr muss attraktiver, verlässlicher und transparenter für Fahrgäste werden, etwa durch die Analyse von Echtzeitdaten und die transparente Sichtbarmachung der Informationen für die Fahrgäste sowie durch bedarfsgerechte Angebote. Wir setzen die bewährten Förderinstrumente wie das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz fort und unterstützen weiterhin Projekte zur Planung neuer Verbindungen, für die der Bund die Finanzierungsverantwortung ganz oder wie im Fall des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes überwiegend trägt. Das betrifft auch die in der Fragestellung genannten Verbindungen.

Wir haben bereits bei der Umsetzung der Europatrasse Baden 21 unter Beweis gestellt, wie wichtig uns ergänzender Lärmschutz ist. Daran halten wir fest.



## Folgen der Klimaveränderung in Baden

In Zukunft wird nach es wissenschaftlichen Erkenntnissen verstärkt zu Hochwasserproblemen, insbesondere im Bereich kleinerer Flüsse und Bäche durch Starkregenereignisse kommen. Auch Baden ist hiervon schon jetzt betroffen, wie das Hochwasser des Saalbachs 2025 im Bereich Gondelsheim/Bruchsal gezeigt hat. Trotz bereits vorhandener Hilfsprogramme konnte bei diesem Ereignis zunächst keine Landesmittel zur Unterstützung der betroffenen Kommunen zugesagt werden, obwohl dies bei einem vergleichbaren Ereignis im Rems-Murr-Kreis der Fall war.

Wie möchte Ihre Partei und Fraktion zukünftig verhindern, dass bei zu erwartenden zukünftigen Katastrophenereignissen der Eindruck entsteht, im württembergischen Landesteil werden schneller und unbürokratischer Hilfsmittel von Seiten des Landes bereitgestellt, als in Baden?

Welche politischen Maßnahmen plant Ihre Fraktion im Bereich der infrastrukturellen Prävention, um Kommunen in hochwassergefährdeten Gebieten zu schützen?

In welcher Form können geschädigte Gemeinden in unbürokratischer Weise schnell und umfassend unterstützt werden?

Welche Möglichkeiten sieht Ihre Partei in der Unterstützung von Seiten des Landes, die Aufheizung versiegelter Flächen in Innenstädten zu minimieren und somit dem Klimawandel entgegenzuwirken?

Sehen Sie die Möglichkeit, eine regionale „Klima-Folgen-Konferenz“ mit verschiedenen Experten (z.B. Bürgermeister gefährdeter Kommunen in Baden) und deren regionalem Detailwissen in Hinblick auf die Klimaveränderung zu unterstützen?



Nach dem Hochwasser im Mai und Juni 2024, das insbesondere den Rems-Murr-Kreis schwer getroffen hat, hat das Land Unterstützungszahlungen gewährt. Maßgeblich für diese Hilfen waren die Regelungen der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums für die Gewährung von Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen. In dieser Verwaltungsvorschrift sind unter anderem Regelungen zu den Zuwendungsvoraussetzungen, der Höhe der Soforthilfen und dem Verfahren enthalten. Die Gewährung der Landeshilfen nach schweren Naturereignissen erfolgt somit nicht willkürlich, sondern auf Basis dieser transparenten Kriterien.

Die beiden Fragen werden aufgrund ihres Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Wir GRÜNE setzen bei Hochwasser- und Starkregenereignissen konsequent auf das Prinzip Vorsorge vor Reparatur – und gleichzeitig auf eine verlässliche Unterstützung im Schadensfall. Baden-Württemberg hat unter grüner Regierungsverantwortung in den vergangenen Jahren bereits erhebliche Fortschritte bei der infrastrukturellen Prävention erzielt. Mit der Wasserstrategie Baden-Württemberg, der landesweiten Hochwasserstrategie sowie Programmen wie KLIMOPASS wurden verbindliche Leitplanken geschaffen, um Kommunen systematisch bei der Anpassung an die Folgen des Klimawandels zu unterstützen.

Konkret investiert das Land jährlich zwischen 170 und 210 Millionen Euro in die kommunale Wasserwirtschaft, darunter Hochwasserschutz, Gewässerausbau und Abwasserinfrastruktur. Seit 2011 wurden zudem rund 600 Kilometer Gewässer ökologisch verbessert – Maßnahmen, die nicht nur dem Naturschutz dienen, sondern auch den natürlichen Wasserrückhalt stärken und Hochwasserrisiken wirksam reduzieren. Beispiele aus der Praxis zeigen, dass sich diese Investitionen lohnen: Jeder in den Hochwasserschutz investierte Euro schützt ein Vielfaches an Vermögenswerten und verhindert hohe Folgeschäden.

Für die Zukunft wollen wir diesen Weg konsequent weitergehen. Mit der Klimamilliarde sollen Kommunen mehr finanziellen Spielraum erhalten, um notwendige Vorsorge- und Anpassungsmaßnahmen umzusetzen – etwa Retentionsflächen, Gewässerrenaturierungen, Entsiegelung oder Regenwasserrückhalt. Ziel ist, dass Hochwasserschutz und Starkregenvorsorge nicht an fehlenden kommunalen Mitteln scheitern.



In unserem Wahlprogramm haben wir vereinbart, naturnahe Hochwasserrückhalteräume auszubauen und den technischen und ökologischen Hochwasserschutz im Land sowie das Starkregen-Risikomanagement zu stärken. Durch die Förderung von Maßnahmen wie der Schaffung von Schwammstädten und Schwammlandschaften können Hochwasserspitzen vermieden und mehr Wasser in Trockenperioden bereitgestellt werden. Wir stärken den Hochwasserschutz darüber hinaus durch die Renaturierung von Flussläufen und die Nutzung natürlicher Landschaftsgegebenheiten. Den Katastrophenschutz und die Feuerwehren, die die Klimakrise durch Zunahme von Extremwetter-Ereignissen an ihre Grenzen bringt, werden wir stärken.

Gleichzeitig ist klar: Trotz aller Prävention lassen sich Extremereignisse nicht vollständig verhindern. Deshalb müssen betroffene Kommunen im Schadensfall schnell, unbürokratisch und verlässlich unterstützt werden. Wir GRÜNEN stehen dafür, Soforthilfen zügig bereitzustellen, Verfahren zu vereinfachen und Kommunen beim Wiederaufbau fachlich wie finanziell zu begleiten. Dabei geht es nicht nur um die Wiederherstellung des Status quo, sondern darum, Schäden klimaresilient zu beheben und künftige Risiken mitzudenken.

Unser Anspruch ist es, Kommunen sowohl in der Vorsorge als auch im Ernstfall handlungsfähig zu halten – durch klare Strategien, verlässliche Finanzierung und eine Landespolitik, die Klimaanpassung als zentrale Zukunftsaufgabe versteht.

Wir setzen bei der Minderung der Aufheizung versiegelter Flächen auf eine klimaresiliente Stadtentwicklung mit mehr Grün, Wasser und weniger Versiegelung. Kommunen werden bereits heute über das Landesförderprogramm KLIMOPASS sowie über Programme der Städtebauförderung und des urbanen Wasserressourcenmanagements unterstützt – etwa für Entsiegelung, Stadtbäume, Begrünung, Verschattung und Regenwasserrückhalt. Diese Maßnahmen senken Hitzeinseln, verbessern die Aufenthaltsqualität und schützen die Gesundheit der Bürger\*innen. Mit der Klimamilliarde wollen wir den Kommunen künftig zusätzlichen finanziellen Spielraum geben, um solche Maßnahmen flächendeckend umzusetzen und Klimaanpassung dauerhaft zu verankern. Ziel ist es, unsere Städte widerstandsfähiger gegen Hitze und Starkregen zu machen und gleichzeitig die Lebensqualität zu steigern.



Eine regionale Klima-Folgen-Konferenz halten wir grundsätzlich für sehr sinnvoll und unterstützenswert. Der Austausch zwischen Klimaforscher\*innen, Kommunalvertreter\*innen und regionalen Akteur\*innen ist wichtig, um die konkreten Auswirkungen des Klimawandels vor Ort besser zu verstehen und daraus passgenaue Vorsorge- und Anpassungsstrategien zu entwickeln. Gerade die Verbindung wissenschaftlicher Erkenntnisse mit dem Erfahrungswissen betroffener Bürgermeister\*innen kann hier einen großen Mehrwert schaffen.

Bei einer finanziellen Förderung durch das Land gilt allerdings der Grundsatz der Gleichbehandlung aller Landesteile. Landesprogramme müssen offen, transparent und nach einheitlichen Kriterien ausgestaltet sein. Vor diesem Hintergrund sehen wir gute Möglichkeiten, solche Formate im Rahmen bestehender Förder- und Beteiligungsprogramme zur Klimaanpassung zu unterstützen, ohne einzelne Regionen strukturell zu bevorzugen.



Am 01.01.2026 ist die neue Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums für die Gewährung von Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen in Kraft getreten. Bei der Neufassung wurden die während der Unwetterereignisse des Jahres 2024 gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigt. Wir haben uns dabei intensiv dafür eingesetzt, dass die Zuwendungsvoraussetzungen so ausgestaltet sind bzw. in einem Begleitheft erklärt werden, dass darauf gründende Entscheidungen nachvollziehbar erfolgen. Die Neufassung der Verwaltungsvorschrift soll die Vergabe von Landeshilfen im Schadensfall unbürokratischer und schneller machen. Sollte sich weiterer Verbesserungsbedarf zeigen, muss die Verwaltungsvorschrift natürlich entsprechend fortgeschrieben werden.

Unsere Fraktion setzt sich dafür ein, Kommunen in hochwassergefährdeten Gebieten durch eine gezielte und vorausschauende infrastrukturelle Prävention besser zu schützen. Ein zentraler Ansatz ist dabei die Stärkung einer koordinierten Planung zwischen Land, Landkreisen und Kommunen, um Hochwasserrisiken frühzeitig zu erkennen und geeignete Schutzmaßnahmen gemeinsam umzusetzen.

Durch eine engere Abstimmung der beteiligten Akteure sollen vorhandene Erkenntnisse gebündelt und in wirksame Maßnahmen überführt werden. Darüber hinaus wollen wir gezielt in eine widerstandsfähige und zukunftsfeste Infrastruktur investieren. Dazu gehören der Ausbau, die Modernisierung und die Instandhaltung von Hochwasserschutzanlagen wie Dämmen, Rückhaltebecken und technischen Schutzsystemen sowie die Schaffung zusätzlicher Retentionsflächen. Kommunen sollen im Rahmen von Landesförderprogrammen finanziell unterstützt werden, um notwendige bauliche Schutzmaßnahmen umsetzen zu können und bestehende Infrastrukturen an die zunehmenden Herausforderungen durch Extremwetterereignisse anzupassen.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Stärkung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten. Kommunen sollen durch fachliche Beratung, Förderangebote und verlässliche Rahmenbedingungen in die Lage versetzt werden, eigene Hochwasserschutz- und Risikomanagementkonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Dazu zählt auch die Berücksichtigung von Hochwasserrisiken in der Bauleitplanung sowie der Ausbau und die Weiterentwicklung von Frühwarn- und Informationssystemen. Auf diese Weise wollen wir die Resilienz der betroffenen Regionen nachhaltig erhöhen und den Schutz von Menschen, Infrastruktur und Sachwerten langfristig sichern.



Zum einen gibt es die Möglichkeit der Gewährung von Landeshilfen nach schweren Naturereignissen und Unglücksfällen, wenn die Voraussetzung der entsprechenden Verwaltungsvorschrift erfüllt sind. Die seit 01.01.2026 geltende Neufassung der Verwaltungsvorschrift soll die Vergabe von Landeshilfen im Schadensfall unbürokratischer und schneller machen.

Zum anderen gibt es unterschiedliche Fachförderprogramme, die gegenüber der Landeshilfe vorrangig sind und die ebenfalls dazu beitragen, dass Schäden an kommunaler Infrastruktur rasch beseitigt werden und für die Bevölkerung wieder Normalität eintritt. Damit das künftig noch schneller und besser gelingt, hat das Land im vergangenen Jahr beschlossen, dass alle Ministerien ihre Förderprogramme auf die Schaffung von so genannten „Fast Lanes“ untersuchen sollen. Mit den „Fast Lanes“ soll unwetterbetroffenen Kommunen die Möglichkeit eröffnet werden, bevorzugt und schnell reguläre Fördermittel zu beantragen, auch wenn sonst keine Landeshilfen gewährt werden können.

Wir sehen in der Reduzierung der Aufheizung versiegelter Flächen vor allem eine Aufgabe der klugen Stadt- und Bauplanung. Das Land kann Kommunen unterstützen, indem es Anreize setzt und das Bewusstsein dafür stärkt, dass klimaangepasstes und entsiegeltes Bauen weder komplizierter noch teurer sein muss als konventionelle Versiegelung. Ziel ist es, bestehende Planungs- und Entscheidungsprozesse so auszurichten, dass Entsiegelung, wasserdurchlässige Beläge und Begrünung von vornherein als gleichwertige, praktikable Lösungen wahrgenommen und angewendet werden.

Ein wichtiger Ansatz ist die Vermittlung von Wissen und guten Beispielen. Das Land kann durch Leitfäden, Modellvorhaben und den Austausch bewährter kommunaler Praxis aufzeigen, dass entsiegelte Flächen, helle Materialien, Begrünung und innovative Bauweisen funktional, wirtschaftlich und dauerhaft sind.

Gerade in Innenstädten soll deutlich werden, dass solche Maßnahmen nicht nur dem Klima dienen, sondern auch Aufenthaltsqualität, Stadtbild und langfristige Unterhaltskosten positiv beeinflussen.

Darüber hinaus kann das Land über landesplanerische Empfehlungen, rechtliche Rahmenbedingungen und Beratung dazu beitragen, dass Kommunen bei der Bauleitplanung stärker auf eine Reduzierung von Versiegelung achten, ohne zusätzliche finanzielle Belastungen zu erzeugen. Entscheidend ist aus Sicht unserer Partei, Hemmnisse abzubauen, Planungssicherheit zu schaffen und den Verantwortlichen vor Ort klarzumachen, dass entsiegeltes und klimaangepasstes Bauen eine wirtschaftlich sinnvolle und



zukunftsfähige Option ist. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, die Aufheizung versiegelter Flächen zu minimieren und Städte widerstandsfähiger gegenüber den Folgen des Klimawandels zu machen.

Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, dass die Folgen des Klimawandels dort angegangen werden, wo sie konkret auftreten – auf lokaler Ebene. Jede Kommune hat unterschiedliche geografische, bauliche und strukturelle Voraussetzungen, die sie selbst am besten kennt und bewerten kann. Entsprechend sind auch die Lösungsansätze vor Ort verschieden und sollten nicht durch starre landesweite Vorgaben ersetzt werden.

Gerade deshalb sehen wir die Rolle des Landes und unserer Fraktion vor allem darin, als Vermittler und Begleiter zu wirken. Eine regionale Klima-Folgen-Konferenz kann aus unserer Sicht ein geeignetes Format sein, um den Austausch zwischen betroffenen Kommunen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie Fachleuten zu fördern und regionales Detailwissen zusammenzuführen. Ziel ist es, voneinander zu lernen, bewährte Ansätze weiterzugeben und kommunale Erfahrungen sichtbar zu machen, ohne die kommunale Selbstverantwortung einzuschränken.

Das Land kann hierfür den organisatorischen Rahmen bieten, den Dialog unterstützen und den Wissenstransfer stärken. Auf diese Weise wollen wir dazu beitragen, dass lokale Lösungen für lokale Herausforderungen entstehen und Kommunen bei der Bewältigung der konkreten Klimafolgen besser vernetzt und begleitet werden.



Hilfen des Landes müssen im Fall von Naturkatastrophen nach transparenten Kriterien vergeben werden und sich an der Schadenshöhe und dem objektiven Bedarf ausrichten. So kann jeder Eindruck, Landesteile würden benachteiligt, vermieden.

Wir stehen zur Umsetzung des Integrierten Rheinprogramms, das mit seinen Maßnahmen nicht nur die Unterlieger vor schweren Hochwasserschäden schützt, sondern auch die Anlieger des Mittel- und Oberrheins. Zudem müssen Sanierung und Erhöhung der Rheinuferdämme dringend beschleunigt werden, denn mit der derzeitigen Baugeschwindigkeit würde die Sanierung noch viele Jahrzehnte benötigen. Schwere Hochwasserereignisse nehmen darauf jedoch keine Rücksicht.

Bei großen Schadensereignissen sollten die betroffenen Gemeinden über die Verwaltung des Landkreises und der Gemeinde selbst schnell über pauschale Beträge verfügen können. Der konkrete Mitteleinsatz kann in solchen Fällen im Nachhinein nachgewiesen werden und bei Bedarf kann man in späteren Tranchen den Mittelbedarf nachjustieren. Die Versiegelung in unseren Städten führt zu mehr Hitze, mehr Staubbelastung, mehr Lärm und geringerer Biodiversität. Daher sind alle Kommunen gehalten, bei jeglichen Bau- und Sanierungsmaßnahmen auf deutlich mehr Begrünung, auch Dachbegrünung, Straßenbegleitgrün und dort, wo möglich, auch Fassadenbegrünung Wert zu legen. Zudem sind bauliche Schattenspenden, Kaltluftschneisen und Entsiegelungsmaßnahmen großer gepflasterter oder geteeter Flächen wichtig. Gewässer sollten oberirdisch verlaufen, Wasserflächen sollten vermehrt zum Stadtbild gehören. Alle diese Maßnahmen sollten in den vorhandenen Förderprogrammen (Städtebaumittel u.a.) so implementiert werden, dass sie verpflichtend berücksichtigt werden müssen.

Im Zuge der notwendigen Klimawandelanpassung ist ein reger und steter Austausch von Erfahrungen, Fortschritten und Möglichkeiten, die Klimawandelanpassung zu meistern, wichtig. Wir werden solche Formate daher unterstützen und anregen.



Die Sicherheit der Menschen darf nämlich nicht davon abhängen, wo sie wohnen. Deshalb setzen wir uns für klare, landesweit einheitliche Standards ein: Jede betroffene Kommune muss nach den gleichen Kriterien unterstützt werden, mit ausreichenden Mitteln, transparenten Verfahren und einem verlässlichen Rahmen, der im Ereignisfall sofort greift.

Bei der Vorsorge gegen Hochwasser und Starkregen brauchen wir vor allem bessere Vorbereitung und schnellere Reaktion. Ein modernes Warnsystem muss Gefahren frühzeitig erkennen und zuverlässig warnen, mit Sirenen, Warn-Apps, Cell Broadcast und flächendeckender Pegelüberwachung.

Der Katastrophenschutz braucht eine bessere Ausstattung, klare Einsatzpläne und eine leistungsfähige Koordination. Bei der Infrastruktur geht es um gezielte Prävention: Kommunen in gefährdeten Gebieten müssen beim Hochwasserschutz und bei der Anpassung ihrer Anlagen unterstützt werden, etwa bei der Modernisierung der Abwasser- und Kläranlagen, bei der Gewässerunterhaltung und Rückhalteräumen. Dazu gehört auch eine systematische Bestandsaufnahme kritischer Netze und Schwachstellen.

Schnelle und unbürokratische Hilfe für geschädigte Gemeinden funktioniert nur mit klaren Strukturen. Digitale Alarmierung, GPS-gestützte Einsatzkoordination und moderne Technik sind dafür wichtig. Vor allem muss aber gelten: Kommunen sollen im Schadensfall Mittel direkt und zügig abrufen können, ohne langwierige Antrags- und Genehmigungsverfahren. Das schafft Tempo, Planungssicherheit und verhindert, dass überhaupt der Eindruck unterschiedlicher Behandlung entsteht.

Gegen die Aufheizung versiegelter Flächen in Innenstädten brauchen wir Maßnahmen, die konkret wirken und vor Ort umsetzbar sind: mehr innerstädtisches Grün, die Sicherung von Kaltluftschneisen, Entsiegelung wo möglich sowie Verschattung und Wasserrückhalt. Hitzeaktionspläne helfen dabei, die richtigen Prioritäten zu setzen und Gesundheitsrisiken zu reduzieren.



## Ungleiche Fördermittelzuweisung

Die Landesvereinigung Baden in Europa untersucht seit vielen Jahren den Landeshaushalt und verschiedene Förderprogramme. Dabei stoßen wir immer wieder auf eine Ungleichverteilung der Mittelzuweisung zu Ungunsten des badischen Landesteils. Auch in der letzten Legislaturperiode haben wir in verschiedenen Themenbereichen eine am Bevölkerungsanteil gemessen, geringere Mittelzuweisung an Institutionen und Kommunen in Baden als in Württemberg festgestellt. Dies war z.B. beim Entwicklungsprogrammen im ländlichen Raum, der Städtebauförderung, der Förderung des kommunalen Straßenbaus, und der kommunalen Sportstätten, sowie bei den Zuschüssen zu Festspielen der Fall.

Wir möchten Sie fragen, wie Sie sich dieses Ungleichgewicht erklären und wie Sie im Sinne des Artikels 3a der Landesverfassung diesem entgegenwirken möchten?

Kommunaler Straßenbau - Förderprogramm 2021

<https://www.lv-baden.de/archiv/kommunaler-strassenbau-forderprogramm-2021/>

Städtebau-Förderprogramm 2021

<https://www.lv-baden.de/archiv/stadtebau-forderprogramm-2021/>

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum Förderprogramm 2021

<https://www.lv-baden.de/archiv/elr-forderprogramm-2021/>

Städtebauförderung, Förderung des kommunalen Straßenbaus und kommunaler Sportstätten 2024

<https://www.lv-baden.de/archiv/stadtebauforderung-2024/>

Landeszuschüsse zu Festspielen 2020-2022

<https://www.lv-baden.de/archiv/landeszuschusse-zu-festspielen-2020-2022/>



Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen unseres Landes sind kein Lippenbekenntnis, sondern ein klarer Verfassungsauftrag. Artikel 3a der Landesverfassung gilt für Baden ebenso wie für Württemberg.

Die Landesregierung vergibt Fördermittel nicht nach historischen Landesteilen, sondern nach sachlichen Kriterien: nach Bedarf, Zustand der Infrastruktur, fachlicher Ausrichtung von Einrichtungen und Qualität der jeweiligen Projekte. Maßstab für die Mittelvergabe sind landesweit einheitliche Kriterien – nicht die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Landesteil.

Gleichzeitig nehmen wir die Wahrnehmung ernst, dass sich in einzelnen Förderbereichen über Zeit Verteilungen ergeben können, die als unausgewogen empfunden werden. Solche Effekte lassen sich oft aus den jeweiligen Förderlogiken erklären. Sie entbinden uns politisch aber nicht von der Pflicht, genau hinzuschauen.

Für uns heißt das: Förderprogramme müssen transparent sein, ihre regionale Wirkung muss regelmäßig überprüft werden, und dort, wo sich strukturelle Schieflagen abzeichnen, müssen wir nachsteuern. Mit fairen Verfahren, klaren Kriterien und einem offenen Blick für regionale Besonderheiten.



Für uns steht fest: Fördermittel dürfen nur nach rein sachlichen Kriterien vergeben werden. Dabei ist natürlich Art. 3a der Landesverfassung Rechnung zu tragen, wonach der Staat gleichwertige Lebensverhältnisse, Infrastrukturen und Arbeitsbedingungen im gesamten Land fördert. Die CDU setzt sich als Partei, die in allen Regionen des Landes tief verwurzelt ist, dafür ein, dass alle Landesteile gleichermaßen politische Berücksichtigung finden. Hierauf achten insbesondere auch die Abgeordneten unserer Fraktion, die selbstverständlich vor allem auch ihren jeweiligen Wahlkreis und ihre Region im prüfenden Blick haben. Das gilt gerade auch für unsere Abgeordneten aus Baden. Damit alle Landesteile stets gleichermaßen im Blick der Regierung bleiben, gehört es zu unserer hergebrachten Praxis, dass auch unsere Ministerinnen und Minister die Vielfalt unseres Landes repräsentieren.



Baden-Württemberg lebt von seiner Einheit in Vielfalt – und der Artikel 3a der Landesverfassung verpflichtet uns, den Ausgleich zwischen badischem und württembergischen Landesteil aktiv zu fördern. Das wahrgenommene Ungleichgewicht entsteht nicht durch bewusste Benachteiligung, sondern durch strukturelle Faktoren: Die wirtschaftliche Dynamik konzentriert sich historisch stärker auf den württembergischen Raum mit Ballungsräumen wie der Region Stuttgart (die bundesweit zweidichteste nach dem Ruhrgebiet), während Baden – trotz Stärken in Tourismus, Weinbau und Lebensqualität – mit ländlicheren Strukturen und Abwanderung kämpft.

Wir setzen uns dafür ein, Investitionen in allen Regionen besser sichtbar zu machen und Prioritäten wie Breitbandausbau oder ÖPNV nachvollziehbar und gerecht für das ganze Land zu definieren. Die SPD setzt sich für eine faktenbasierte Analyse der Mittelverteilung ein – etwa durch einen unabhängigen Bericht zu Investitionen pro Landesteil –, um reale Ungleichgewichte objektiv zu bewerten und bewährte Ansätze wie regionale Förderprogramme gezielt anzupassen. So wollen wir Vertrauen durch messbare Fairness herstellen.



Wir sehen das strukturelle Problem kleinteiliger Förderkulissen. Deshalb setzen wir auf ausreichende finanzielle Grundausstattung der Kommunen statt politischer Steuerung über kleinteilige Förderprogramme

Wo Förderprogramme notwendig sind, müssen sie aus liberaler Sicht transparent, kriterienbasiert und nachvollziehbar sein – und nicht nur nach dem Windhund-Prinzip größere Kommunen bevorzugen, die sich besser präsentieren können. Eine dauerhafte Schieflagen zwischen Landesteilen gilt es zu verhindern.